

Redaktion
Dresden-Neustadt
11. Reichenh. Poststr.
Die Zeitung erscheint
Dienstag,
Donnerstag und
Sonntags
frühe.

Abonnements-
Preis:
vierteljährlich M. 1.50.

Die Zeitung wird
in allen Postämtern
und durch
andere Boten.
Bei jeder Bestellung
ist ein halbes
Scheffel
noch eine
Scheffel
von 25 Pfg.

Sächsische Vorzeitung.

Ein unterhaltendes Blatt für den Bürger und Landmann.

Amtsblatt für die Igl. Amtshauptmannschaften Dresden-Altstadt und Dresden-Neustadt,
für die Ortschaften des Igl. Amtsgerichts Dresden, sowie für die Igl. Forstrentämter Dresden,
Tharandt und Moritzburg.

Verantwortlicher Redakteur und Verleger Herrmann Müller in Dresden.

Inserate
werden die Montag,
Mittwoch u. Freitag
Mittag angenommen
und kosten:
die 1. Spalte 15 Pfg.
Unter 10 Spalten:
30 Pfg.

Inseraten-
Annahmestellen:
Die Arnoldische
Buchhandlung,
Friedrichstraße,
Danzwitzer-Bühnen,
Kudackstraße,
S. B. Danke & Co.
in Dresden, Leipzig,
Hamburg, Berlin,
Frankfurt a. M.
u. s. w.

Nr. 53.

Sonnabend, den 7. Mai 1881.

43. Jahrgang.

Politische Weltschau.

Deutsches Reich. Die halbamtliche preussische „Prov.-Korresp.“ bezeichnet einen von der „National-Ztg.“ veröffentlichten Artikel über die „liberale Partei“ als eine „Fälschung der Geschichte.“ Die „National-Ztg.“ hatte unter Anderem darin gesagt, in einer Situation wie die gegenwärtige dürfe man nicht durch Proklamirung der Unverlethlichkeit des Bestandes verhindern wollen, daß ein liberaler Wahlkreis seinen Vertreter weiter links als bisher suche, aber man solle auch nicht von Berlin aus einen förmlichen Fraktionskrieg organisiren. „Dieser Versuch“, meint die „Prov.-Korresp.“, „die Nationalliberalen zum Aufgeben ihrer selbst und zur allmählichen Rückkehr zur Fortschrittspartei zu überreden, verdient insofern ernste Beachtung, als hier zum ersten Male in so nackter Weise von angeblich national-liberaler Seite der Versuch gemacht wird, diese Rückkehr als eine ebenso naturgemäße wie notwendige Entwicklung darzustellen und für deren Verwirklichung den liberalen Wählern Geschmach beizubringen, was bisher nur von Seiten fortschrittlicher Blätter geschah. Die bedeutendsten Abstimmungen über die wichtigeren organisatorischen Gesetze zeigen jedoch, wie die Nationalliberalen stets mit der Regierung, nicht aber mit der Fortschrittspartei einen Ausgleich gesucht und gefunden haben. Das Volk steht zwar manchen Plänen der Regierung noch schwanke und ungewiß gegenüber, aber es sieht und erkennt dankend an, daß die Regierung sich um das Wohl und Heil aller Schichten kümmere und soviel an ihr liegt, mit dafür thätig sein will. Deshalb hängt sich die rathlose und aussichtslose Seccession an die Rockschöße der Fortschrittspartei, um an deren Erfolgen aus Gnaden vielleicht einigen Antheil zu erhalten. Nun denn, — wir werden die Fortschrittspartei in allen ihren Erscheinungsarten, mit allen ihren Anhängern offen und aus allen Kräften bekämpfen. Die Seccession rechnen wir schon jetzt und sicher zu ihrem Geschehen, die aufrichtigen und verständigen Nationalliberalen hoffen wir trotz der Mahnungen des verschämten Fortschrittblattes und trotz seiner Fälschung der parlamentarischen Geschichte nicht in unserer Schußlinie zu finden.“ Die „National-Ztg.“ zieht aus der Leidenschaftlichkeit, mit welcher das halbamtliche Organ sie angreift, den Schluß, daß ihr Artikel das für die Liberalen Richtige getroffen habe.

Im deutschen Reichstage erlebte man am Donnerstag einige Wahlprüfungen, wobei die späte Ungültigkeitserklärung des von Schlegelmann'schen Mandats eine heftige Debatte zwischen den Abgg. Richter, Laake, Windthorst, Ricker und von Kardoff hervorrief und den Staatssekretär von Böttcher zu der Erklärung ver-

anlaßte, daß die Wahlsachen zum Ressort des Reichs-amts des Innern gehörten, Wahlbeeinflussungssachen aber zur Kompetenz des ausübenden Amtes resp. des Reichskanzlers, eine Unterscheidung, welche Laake weniger logisch als vielmehr ironisch aufnehmen zu müssen erklärte. v. Kardoff meinte, daß über das Restrikt an die Einzelregierungen über Wahlbeeinflussungen nur deshalb viel Staub aufgewirbelt werde, weil eine liberale Wahl dazu Veranlassung gegeben habe. Abg. Marquardsen berichtete über die Vorlage der Verlängerung der Etats- und Legislaturperioden und empfahl den Antrag der Kommission, den Artikel 10 folgendermaßen zu fassen: Die Berufung des Bundesraths und des Reichstages findet mindestens alle zwei Jahre statt, und kann der Bundesrath zur Vorbereitung der Arbeiten ohne den Reichstag, letzterer aber nicht ohne den Bundesrath berufen werden.“ Dagegen brachte Abg. v. Rott-jahn-Gall den Antrag der Konservativen, den Reichstag alljährlich zu berufen, aber zweijährige Etats- und einjährige Legislaturperioden einzuführen. Abg. Reichensperger führte als Vertreter des Centrums aus, daß der Etat am Besten getheilt werde in einen ordentlichen Etat, der auf eine Reihe von Jahren bewilligt wird und einen außerordentlichen, welcher der alljährlichen Bewilligung des Reichstages unterliegt, so lange der Reichstag verlammet ist, verboten werden müsse. Nachdem v. Bennigsen den Kommissionsvertrag verteidigt hatte, erwiderte Fürst Bisimark, das Volk sei müde sich von der Fraktions-politik leiten zu lassen. Der Antrag der Einberufung des Reichstages im Oktober sei eine Rücksichtslosigkeit gegen Minister und Beamte, die dann im Juni zusammenbleiben müßten, wo die Parlamentarier ermüdet aus den Parlamenten herauskämen, außerdem ein Eingriff in die persönlichen Rechte des Kaisers, die im Reichstage nicht zur Diskussion ständen. Die Zeit für die Einberufung des Reichstages sei im Winter. Abg. v. Bennigsen habe gesagt, früher sei Großes in der Gesetzgebung geschehen, jetzt gehe es damit nicht vorwärts. Der Reichstag habe aber auch jetzt noch große Aufgaben zu lösen, aber könne vor den Wohlthunern nicht dazu gelangen. Bennigsen, der an dem Zustandekommen des Reiches selbst mitgearbeitet, möchte doch mehr Vertrauen zur Reichspolitik zeigen, wie auch die Nationalliberalen unrecht handelten, wenn sie sich einer Koalition anschließen, die bis zur Socialdemokratie hingede. Abg. Richter wies die Behauptung, daß die Socialdemokratie mit dem Fortschritt im Kartell-Vertrage stehe, als eine unwürdige Verdächtigung zurück, was Vizepräsident v. Frankenhein als unparlamentarisch bezeichnete.

Die Reichstagskommission zur Berathung des Stempelsteuergesetzes setzte den Stempel für inländische

und ausländische Aktien auf 5 pro Mille, für in- und ausländische Renten und Schuldverschreibungen auf 2 pro Mille, für Anleihen an Provinzen, Kreisen und Gemeinden, des ländlichen und städtischen Grundbesitzes, sowie für einheimische Eisenbahn-Prioritäten auf 1 pro Mille, für Schlußnoten auf Zeitgeschäfte auf 1 Mark, für andere Schlußnoten und Rechnungen auf 10 Pfg. fest.

Die „Neue Preuss. Ztg.“ veröffentlicht eine Liste derjenigen Kandidaten, welche regierungstheilig für die Besetzung der erledigten Regierungspräsidenten in Aussicht genommen sind. Nachdem bereits Herr von Wehll ernannt worden, wäre nach dieser Liste für Frankfurt a. d. Oder Herr v. Heyden, Landesdirektor der Provinz Pommern und für Koblenz Freiherr v. Berlepsch, zuletzt Ober des Ministeriums in Schwarzburg-Sondershausen, in Aussicht genommen, lauter durchaus streng-konservative Persönlichkeiten.

In der am Mittwoch stattgefundenen Sitzung der Hamburger Bürgerschaft ging der Eheren folgende Auskunft zu: „Der Senat theilt der Bürgerschaft mit, daß er die Zeit für gegeben erachtet habe, zu versuchen, ob sich der Gegenstand, welcher zwischen der Reichs-regierung und der hamburgischen Regierung in Sachen der Freihaftenstellung Hamburgs bestehe, nicht auf dem Wege der Verständigung ausgleichen lasse und zwar unter Modalitäten, welche geeignet wären, die Handelsstellung Hamburgs nicht zu beeinträchtigen. Die Verhandlungen seien um die Mitte des vorigen Monats angeknüpft worden und habe man sodann die Einsetzung der Vertrauenskommission herbeigeführt, welche in Allem, was in dieser Angelegenheit geschehen, auf dem Laufenden erhalten worden sei; gleichwohl halte der Senat es für begreiflich, daß auch die Bürgerschaft den Wunsch hege, über die Angelegenheit Aufklärung zu erhalten, sobald es thunlich erscheine. Wenn trotzdem der Senat diesen Wünschen nicht willfahren könne, so möge sich die Bürgerschaft versichert halten, daß der Senat sich dabei von der Rücksicht auf das Gemeinwohl leiten lasse; auf alle Fälle halte der Senat es für selbstverständlich, daß von einem etwa mit der Reichsregierung zu treffenden Abkommen nicht die Rede sein könne, ohne daß die Bürgerschaft ihre Zustimmung dazu gegeben habe. Specielle Anfragen über den Stand der Verhandlungen erklärten die Mitglieder der Vertrauenskommission nur in geheimer Sitzung beantworten zu können, worauf eine zweitägige Verhandlung mit Ausschluß der Öffentlichkeit erfolgte. Um den ählichen Eindruck eines abgehenden Bismarck'schen officiellen Antwortschreibens auf die Hamburgischen Forderungen abzuwachen, hat Finanzminister Bitter in einem Privatbriefe an den Senator Dr. Berkemann einen milderen Kommentar zu der Schaffen

Fenilleton.

Der Bruder seiner Mutter.

Erzählung von Karl Schmeling.

(15. Fortsetzung.)

„Das Schreiben wird dem Adressaten übergeben!“ befahl er dem Thürhüter.

„Wohl, Sir Barrow!“ antwortete der alte Graslow. „Er war kein großer Gelehrter und erkannte daher auch wahrscheinlich nicht, daß eine Veränderung mit dem Schreiben vorgegangen.“

Indessen hatte Elisabeth's Zofe die wiederholten Gänge Sir Edgars nach dem Pförtnerhause bemerkt und stattete der Herrin Bericht darüber ab.

Elisabeth horchte hoch auf und gab dem Mädchen nach einiger Ueberlegung dieweisung, sich zu erkundigen, ob der Bruder ihr Schreiben dem Thürhüter abgenommen.

Die Dienerin wartete mit der Ausführung des ihr zu Theil gewordenen Auftrages, bis es dunkel geworden. Sie brachte Elisabeth den Bescheid, daß Sir Edgar zwar das Schreiben gesehen und in Händen gehabt, jedoch auch befohlen habe, dasselbe richtig zu bestellen.

Elisabeth war zu arglos, um auf den Gedanken zu kommen, daß Edgar ihr Schreiben geöffnet und gelesen haben könne. Einer so niedrigen Handlungsweise hielt sie ihn, trotz aller ihrer an ihm bereits gemachten Erfahrungen, nicht fähig.

VIII.

Die beiden Brüder.

Der nächste Morgen fand Sir George Rowe auf dem Wege nach Rowehouse. Es war noch ziemlich früh, als der Major die Befähigung erreichte.

Als sich George nach der Anwesenheit des Bruders erkundigte, erhielt er zwar den Bescheid, daß derselbe zu Hause sei, doch ward jener so kühl und fremd von dem Portier gegeben, daß es dem Major auffallen mußte.

Ferner konnte ihm nicht entgegen, daß Niemand von den älteren Leuten, welche sich bald im Hofe um ihn einfanden, den Bruder ihres Herrn zu erkennen schienen. Hatte ihn doch der alte Graslow in Barrowborough sofort erkannt, obgleich derselbe ihn seitener gesehen, als die Leute in Rowehouse, welche zum Theil schon während seiner Knabenjahre im Dienste der Familie standen.

Im Grunde genommen durfte George diese Erscheinung zwar gleichgiltig sein; denn er hatte ja mit den Leuten seines Bruders nichts zu schaffen. Doch das Benehmen derselben verrieth offenbar, daß sie bereits gegen Ueberraschung gesichert, also auf seine Ankunft vorbereitet waren.

Der Major brauchte nicht lange zu suchen, um den Schlüssel zu diesem Geheimnisse zu finden. Wahrscheinlich hatte Daniel Webster seine Begegnung mit ihm irgend Jemand auf telegraphischem Wege kundgethan und dieser Jemand sich beeilt, dem Bruder Mittheilung davon zu machen.

Weniger annehmbar schien zu sein, daß Sir James dem jüngeren Bruder unausgesetzt in Ostindien hatte

beobachten lassen und durch seinen Aufpasser direkt von der Abreise des Majors unterrichtet war.

Dem mochte nun jedoch sein wie ihm wollte — mit der Kenntniß seiner Anwesenheit in England war Sir James Ruhe vergönnt, sich auf den Besuch des Bruders vorzubereiten und das war, nach dem frohigen Empfang des Majors durch die Dienerschaft zu urtheilen, geschehen.

George war auch dies schließlich gleichgiltig. Ob vorbereitet oder nicht — stand ihm der Bruder Rede, mußte er immer durch die von Beweisen unterstützten Anschuldigungen des Majors, die Rolle des überführten Sünders spielen; es blieb nur fraglich, wie er sich mit derselben abfinden werde.

Der Major machte keinen Versuch zu ergründen, wie weit die Zurückhaltung der Dienleute wohl gehen könne, sondern gab seine Karte ab mit der Anforderung, dieselbe dem Majoratsherrn zu überreichen.

Während sich einer der Diener entfernte, den erhaltenen Auftrag auszurichten und ein anderer dem Major das Pferd abnahm, betrachtete dieser mit finsternen Blicken das alte Schloß — die Stätte seiner Geburt, welche er heute als ein völlig Fremder betrat.

Gewiß waren es trübe Gedanken und Emyndungen, welche in diesem Momente durch George's Hirn und Brust zogen. Sich als Fremder in der Heimath und im Eltern- oder Vaterhause betrachten zu müssen, ist für keinen Menschen ein angenehmes Gefühl. Nur sehr langsam näherte sich George dem Eingange zum Schlosse selbst.

Aus diesem trat ihm der erst mit seiner Karte davon gegangene Diener entgegen und erklärte, Sir James